

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/108

8. Juni 1977

Die gemeinsame Verantwortung ist gewachsen

Zum Ergebnis der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris

Von Marie Schlei MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

CDU-Führung: "Kehrt marsch!"

Arbeitsmarktpolitische Vorschläge sind unfinanzierbare alte Hüte

Von Peter Reuschenbach MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Lieber keine Ausbildung und arbeitslos?

Die hehren Prinzipien der Volksvertreterin Ursula Bennedix

Von Klaus Thüsing MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 50 25/30
Telex: 08 55 545-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die gemeinsame Verantwortung ist gewachsen

Zum Ergebnis der Konferenz über internationale wirtschaftliche
Zusammenarbeit in Paris

Von Marie Schlei MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach schwierigen Schlußverhandlungen ist in den frühen Morgenstunden des 3. Juni in Paris die Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen worden. Im Verlauf von 16 Monaten ist intensiv die Gesamtheit der Probleme zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern in den Bereichen Energie, Rohstoffe, Entwicklung und Finanzen diskutiert worden.

Die für nur wenige Tage angesetzte Abschlußkonferenz war mit einem immensen Themenkatalog belastet. Es ist daher begreiflich, daß es nicht zu einer breiten Übereinstimmung auf allen vier Gebieten gekommen ist.

Diese Konferenz war der Versuch eines Dialogs. Über die notwendige Dialogqualität verfügt noch keine Seite. Es wird für einen echten Dialog nötig sein, Organisation und Formen des Umgangs füreinander zu finden, die die unterschiedlichen Interessen beider Seiten vereinbaren können. Dies wird unabdingbar sein, wenn beide Seiten, wie in Paris, wie auf der UNCTAD IV in Nairobi und während der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York, den Weg der Kooperation weitergehen wollen.

Die Industrieländer waren sich in einigen Punkten nicht einig. Wir dürfen nicht übersehen, daß auch die Entwicklungsländer Schwierigkeiten haben, eine gemeinsame Basis zu finden, trotz der geschlossen erscheinenden Solidarität, die sie uns gegenüber zeigen. Die Vorstellung ist falsch, daß sich Nord und Süd als zwei Blöcke gegenüberstehen, die einen bilateralen Abstimmungsprozeß zu leisten haben. Dieser Abstimmungsprozeß ist weitaus vielschichtiger und umfaßt ein ganzes Bündel von Interessenlagen auf beiden Seiten.

Das wichtigste Ergebnis der Konferenz aus entwicklungspolitischer Sicht ist es, daß nun den ärmsten Entwicklungsländern verstärkt geholfen wird. Als

besondere Maßnahme haben die Industrieländer eine Milliarde Dollar zur Verfügung gestellt.

Die Bundesregierung hat wesentlich dazu beigetragen, daß diese Sondermaßnahme zusätzlich und so schnell wie möglich an einzelne arme Länder geht. Ich erwarte davon eine Stärkung der Wirtschaftskraft dieser ärmsten Länder, die letztlich auch der Bundesrepublik zugute kommen wird.

Darüber hinaus sind gerade in der Entwicklungskommission in einer Reihe kleinerer, aber im Einzelfall sehr wirksamer Grundsatzfragen Annäherung oder auch Übereinstimmung erzielt worden. Dies sind zum Beispiel Maßnahmen, die auf eine verstärkte industrielle Zusammenarbeit hinauslaufen; dort ist die landwirtschaftliche Entwicklung als vorrangiges Ziel bekräftigt worden, für das alle Länder besondere Verantwortung tragen; hier wurde die Bedürftigkeit Afrikas auf dem Gebiet der Infrastruktur anerkannt sowie die verstärkte Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander.

Die Konferenzteilnehmer haben übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß die Konferenz zu einem breiten Verständnis der internationalen Diskussion beigetragen hat und für alle Beteiligten nützlich war. Ob Übereinstimmung erzielt worden ist oder nicht, die Konferenzergebnisse und auch die Punkte, in denen beide Seiten ihre Positionen noch überdenken müssen, werden die weiteren Konferenzen dieses Jahres entscheidend bestimmen.

Diese Konferenz ist ein weiterer Markstein auf dem Weg in eine Weltwirtschaft, die allen mehr Stabilität bringen wird und die den Wohlstand der Benachteiligten mehren wird. Dies wird nur in einem langwierigen und mühsamen Prozeß geschehen können, in dem wir zu lernen haben, daß unsere eigenen Interessen von den Interessen der anderen Seite nicht zu trennen sind.

Die Fragen der internationalen Wirtschaft können nicht mehr ohne die Entwicklungsländer gelöst werden. Das hat diese Konferenz gezeigt. Ihr Fachverstand und ihre kooperativen Ansätze, auch wenn wir mit ihnen nicht immer übereinstimmen konnten, haben die Mitverantwortung deutlich gemacht, die die Dritte Welt für den Ablauf der wirtschaftlichen Gesamtvorgänge zeigt. Wir teilen diese Mitverantwortung mit Ihr.

(-/8.6.1977/ks/ja'lo)

+ + +

CDU-Führung: "Kehrt marsch !"

Arbeitsmarktpolitische Vorschläge sind unfinanzierbare alte Hüte

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Wer die Beiträge von Unionspolitikern zur ersten Runde der Haushaltsdebatte noch in Erinnerung hat, steht den arbeitsmarktpolitischen Vorschlägen des CDU-Vorstandes beinahe fassungslos gegenüber.

Noch vor wenigen Tagen konnte die Union nicht laut und oft genug die angeblich überhöhten öffentlichen und sozialen Ausgaben und unerträgliche Staats- und Sozialquoten Anprangern. "Sparen - Zusammenstreichen - Entlasten - Rigoros senken" - das waren die am häufigsten wiederkehrenden Vokabeln jener Debatte.

Nach Pfingsten sieht die Welt angeblich völlig anders aus. Nun preist die CDU-Führung Maßnahmen, die zu zusätzlichen Ausgaben der Renten- und der Arbeitslosenversicherung in Milliardenhöhe führen müßten. Die beiden Ideen - Senkung der flexiblen Altersgrenze und Erziehungsgeld - sind zudem nicht neu und können nach den bisherigen Erörterungen in den Koalitionsfraktionen als gegenwärtig nicht aktuell bezeichnet werden; weil nicht finanzierbar, z.T. arbeitsmarktpolitisch von zweifelhaftem Wert.

Schwämme die Rentenversicherung im Geld - wer würde sich gegen eine weitere Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze wenden? Der Gesundheit und der Lebensqualität käme das allemal zugute. Mit Blick auf die finanziellen Auswirkungen dagegen ist Zurückhaltung mit ungedeckten Forderungen wohl angebracht. So warnt auch die EG-Kommission, die sich eben zur gleichen Frage geäußert hat, "angesichts des kurzfristig geringen Einflusses auf die Beschäftigungslage eindringlich vor den äußerst bedenklichen finanziellen Folgen einer auf breiter Basis vollzogenen Herabsetzung der Altersgrenze".

Es kommt hinzu, daß die Pensionierungsgrenze de facto ohnehin unter die gesetzliche Altersgrenze gesunken ist. In nicht unerheblichem Maße

wird inzwischen bereits von der Möglichkeit, ein vorgezogenes Altersruhegeld verbunden mit betrieblichen Ausgleichsleistungen in Anspruch zu nehmen, Gebrauch gemacht. Ausgeweitet wird diese Reduzierung der tatsächlichen Pensionierungsgrenze nicht selten durch ein vorhergehendes Jahr des Bezugs von Arbeitslosenunterstützung, gleichfalls ergänzt um betriebliche Ausgleichsleistungen.

Die mit der Verwirklichung des sogenannten "Babyjahres" verbundenen Mehrbelastungen von einigen Milliarden DM wären der Bundesanstalt für Arbeit unter den derzeitigen Bedingungen nicht aufzubürden. Der beschäftigungspolitische Effekt wäre auch höchst zweifelhaft, weil der Wiedereinstellungsanspruch des Beschäftigten die Unternehmen zu größter Zurückhaltung bei Ersatzeinstellungen veranlassen müßte.

Ob wegen sinkender Geburtenzahlen die finanzielle Förderung von Familien über die jetzt vorgesehene Erhöhung des Kindergeldes hinaus wünschenswert wäre, ist eine andere Frage. So gesehen wäre das "Babyjahr" eine Art Zahlung von Erziehungsgeld, wie sie verschiedentlich bereits früher gefordert worden ist. Wenn aus bevölkerungspolitischen Erwägungen Maßnahmen getroffen werden sollten, müßte hierzu ein umfassenderes Konzept erarbeitet werden.

Die finanzpolitische Kehrtwendung der CDU-Führung, noch stärker die weitergehenden Forderungen der Sozialausschüsse, sind dann auch zwangsläufig ins Fadenkreuz der unions-internen Kritik geraten. Der Sprecher des Wirtschaftsrates, MdB von Bismarck, hält "diese... Dinge alle für Optik, aber nicht für wirkliche Heilung". Und an Blüm direkt gewandt: "Das sollte man nicht zu ernst nehmen."

So kann man getrost davon ausgehen, daß am Ende der unions-internen Diskussion ein reichlich gerupftes Arbeitsmarktpapier übrig bleiben wird. Hier wie auf manchen anderen Gebieten gilt die Erkenntnis: Herr Kohl ist nicht einmal oppositionsfähig, von kanzlerreif ganz zu schweigen. (-/8.6.1977/kr/ca)

+ + +

Lieber keine Ausbildung und arbeitslos ?

Die hehren Prinzipien der Volksvertreterin Ursula Bennedix

Von Klaus Thüsing MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Für die CDU-Abgeordnete Ursula Bennedix ist klar: Die SPD versucht, mit Hilfe der Bundesmittel für die berufliche Bildung der Jugend, auf eine besonders hinterhältige Weise den Sozialismus einzuführen. Im Deutschland-Union-Dienst behauptet Frau Bennedix, die Gemeinden sollten durch das verlockende Angebot des Bundes, mindestens 51 Prozent der Kosten bei der Errichtung außerbetrieblicher Werkstattzentren zu zahlen, "am goldenen Zügel auf den falschen Weg geführt werden".

Diese Aussage ist nicht nur von keiner Kenntnis getürrt, sondern soll zugleich wohl suggerieren, mit 51 Prozent der Mittel hätte der Bund sich sozusagen die Majorität und damit das Sagen in solchen Werkstattzentren eingekauft.

Tatsächlich verhält es sich ganz anders. Der Bund fördert die berufliche Bildung mit folgenden Programmen:

- Für die Jahre 1974 bis 1980 stehen insgesamt 850 Millionen DM für die Errichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten zur Verfügung. Diese überbetriebliche Ausbildung ist in aller Regel Teil der Ausbildung im dualen System; die Träger sind meist Kammern; Vollausbildung findet nur als Ausnahme statt.
- 250 Millionen DM stellt der Bund im Rahmen der Zukunftsinvestitionen für Einrichtungen der Berufsbildung zur Verfügung. Hierbei liegt die Projektauswahl bei den Ländern, denen die Mittel global zur Verfügung gestellt werden.
- 400 Millionen DM schließlich stellt der Bund im Rahmen des Stufenplans zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung für den Ausbau beruflicher Schulen zur Verfügung.

Mit all diesen Programmen soll die berufliche Bildung der Jugend gesichert und damit das Beschäftigungsrisiko vermindert werden. Festzuhalten bleibt: Nur

In Ausnahmefällen werden in einseitig strukturierten oder in wirtschaftlich schwachen Gebieten auch Möglichkeiten außerbetrieblicher Vollzeitausbildung geschaffen.

Die Verantwortung für die Projekte trägt nicht der Bund; die Bundeszuschüsse erfüllen oft nur eine Nothelferfunktion. Der Berufsbildungsbericht hat nicht nur festgestellt, daß das Ausbildungsplatzangebot in den einzelnen Arbeitsamtbezirken außerordentlich unterschiedlich ist, sondern auch, daß es selbst zu Zeiten der Hochkonjunktur 1969 bei einem insgesamt erheblichem Überangebot an Ausbildungsstellen Arbeitsamtbezirke gab, in denen das Angebot an Ausbildungsplätzen um mehr als 15 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt lag. In diesen Arbeitsamtbezirken haben wir auch heute die größten Probleme. Das Unterangebot an Ausbildungsstellen hat in solchen Regionen mit dem guten Willen der Betriebe nichts zu tun, sondern ist eine Folge der jeweiligen wirtschaftlichen Struktur.

Wenn nun trotz des guten Willens aller Beteiligten ausreichende Ausbildungsplätze in Betrieben oder dem öffentlichen Dienst nicht angeboten werden können, kann die Entscheidung der politisch Verantwortlichen, denen die Zukunft der Jugend etwas gilt, doch nur lauten, daß in solchen Fällen außerbetriebliche Ersatzangebote notwendig sind, die den Jugendlichen eine volle Berufsausbildung ermöglichen.

Die CDU-Abgeordnete Frau Bennedix aber sieht das ganz anders. Lieber läßt sie die Jugendlichen auf der Straße stehen, lieber nimmt sie in Kauf, daß Tausende von Jugendlichen überhaupt keine Ausbildungsstelle bekommen und viele von ihnen auch sicherlich keinen Arbeitsplatz, als daß sie bereit wäre, in solchen Not-situationen für die Jugendlichen andere Möglichkeiten der Berufsausbildung zu schaffen. Angeblich wird sonst die freie Wirtschaftsordnung gefährdet und da nimmt man dann schon in Kauf, daß die Schulentlassung der Jugendlichen eine Entlassung in die Hoffnungslosigkeit ist.

Man muß fragen, wen eigentlich Abgeordnete wie Frau Bennedix noch vertreten? Sie selbst kommt aus Niedersachsen, wo es in den weiten ländlichen Regionen fernab von Ballungsgebieten erhebliche Probleme für die Jugendlichen gibt, die eine Ausbildungsstelle suchen. Doch was kümmert das diese Art von Volksvertretern, wenn es darum geht "eine sozialistische Berufsbildungspolitik" zu verhindern.

(-/8.6.1977/ks/ ca)